

# BLAUE POST BAUTZEN

www.afd-bautzen.de

Februar 2024

## ZEIT FÜR EINE 180 GRAD WENDE

Am 08.01.2024 entlud sich die Unzufriedenheit auf der Straße. Tausende Bauern gingen auf die Straße und machten ihrem Unmut über die Kürzung im Agrardieselmotoren Luft. Begleitet wurden der Protest der Bauern von tausenden Gewerbetreibenden, Spediteuren, Selbstständigen und Bürger. Diese protestierten ebenso gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der Ampel mit Mauterhöhung, ausufernde Bürokratie und vieles mehr.

Einzig die Renten steigen um 3,5% - was ich befürworte. DER MINDESTLOHN STEIGT von 12€ auf 12,41€ und auch DAS BÜRGERGELD um 12%! Jedoch werden diese Scheinerhöhungen nicht reichen um die bevorstehenden Lebenshaltungskosten zu kompensieren.

DENN DIESE KOSTEN STEIGEN:

- Mehrwertsteuer für Gas von 7 auf 19%
- Mehrwertsteuer für Fernwärme von 7 auf 19%
- Mehrwertsteuer für die Gastronomie (Hotel und Gaststätten) von 7 auf 19%
- Mehrwertsteuer für Kindergarten- und Schulspeisen von 7 auf 19%
- Plastiksteuer
- Krankenkassenbeiträge um 1,7%
- Trink- und Abwasserkosten
- Strompreise wieder
- Co2-Steuer
- LKW-Maut
- Beiträge bei Hausrat- und Wohngebäude-Versicherungen

Änderungen von:

- dem Heizungsgesetz und
- Subventionen (Agrardiesel, E-Autos) sind entfallen.

**Die wirtschafts- und bürgerfeindliche Politik der Ampel muss sofort beendet werden.**

**Timo Schreyer, MdL**

8.1.2024 Protesttag



## LKW DEMO IN BERLIN UND DIE PRESSE SCHWEIGT!

Am 19. Januar 2024 fand eine, vom BLVpro organisierte, bundesweite Demo der Spediteure statt. Allein aus der Gruppe von Görlitz bis Dresden waren ca. 360 Fahrzeuge in Berlin. Bundesweit waren es Tausende. Die aufgebrachten LKW-Fahrer protestierten gegen die unverhältnismäßige Erhöhung der Maut und CO2 Steuer.

stadt gefahren, um die Protestierenden zu unterstützen. Wir hatten reichlich Wiener, Bockwürste, Kaffee und Semmeln dabei, welche von unserem Kreisverband, unserem MdL Frank Peschel und der Bäckerei Neumann gesponsert wurden. Unsere Arbeit bestand darin, den Teilnehmern eine kostenlose Mahlzeit zu bereiten.

**Claus Kleinert, Afd-Kreisrat**  
aus Bischofswerda



Oliver Helbing und ich sind gemeinsam in die Haupt-

Damit wurde unser Kreisverband auch bei dieser großartigen Aktion entsprechend repräsentiert.



**Kommunalwahl 9. Juni 2024**

Für unser Land, für unsere Gemeinden,  
für unsere Kinder und Enkelkinder!

**WERDE JETZT KANDIDAT!**  
**Deine Heimat braucht DICH!**



Kontakt: 03591 5328336  
www.kommunal.afd-bautzen.de



## NACH BRAND IN GÖDA MUSS IN ALLE RICHTUNGEN ERMITTELT WERDEN

Seit dem Brand im Gödaer Jugendclub in der Nacht vom 27. zum 28.1. 2024 sind immer wieder neue Bilder aufgetaucht und zeigen das Ausmaß.

Dazu kommentiert Frank Peschel, AfD-Wahlkreisabgeordneter:

„Die Bilder von den Innenräumen des abgebrannten Jugendclubs in Göda machen fassungslos.

Ich habe massive Zweifel und glaube es nicht, dass der Brand einen rechtsextremistischen Hintergrund hat. Diese Behauptungen, welche noch am selben Wochenende in einigen linken Medien verbreitet wurden, sind verantwortungslos und stigmatisieren eine ganze Region.

Warum sollten die heimischen Jugendlichen des Clubs ihren Fernseher, Wände, Türen und das Sofa mit rechtsextremistischen Symbolen beschmieren?

Daher fordere ich die Staatsregierung auf, in alle Richtungen zu ermitteln und auch



einen Brandanschlag von Linksextremisten nicht auszuschließen. Im Rahmen meiner Abgeordnetenmöglichkeit werde ich der Staatsregierung zum Brand Kleine Anfragen stellen.“

Wer den Jugendlichen helfen möchte, ihren Club wieder aufzubauen, der kann das hier tun:



**Frank Peschel, MdL**

Oder per Überweisung:  
Jugendclub Göda e.V.  
DE30 8555 0000 1000 0395 16  
**Jeder Euro zählt!**

## DOMINOEFFEKT BEI ZU VIEL HANDELSANGEBOT IN EINER STADT MIT STETIGEM EINWOHNERRÜCKGANG?

In der Stadt Hoyerswerda ist wiederum ein Wohn- und Einkaufsprojekt in größerem Ausmaß im Areal „Kühnichter Heide“ in der Planungsphase.

Erst reißt man Wohngebiete weg, um diese später wieder zu erschaffen? Diese Vorgehensweise polarisiert viele Einwohner der Stadt Hoyerswerda, im Besonderen der Planungsteil: Schaffung weiterer großflächiger Handelseinrichtungen in diesem Gebiet, zwischen Stauffenberg-, Herrmann-, Scharnhorststrasse sowie Spremberger Chaussee.

Die Einwohner der Stadt sind auf Grund des stetigen Einwohnerchwundes schon mit sehr viel Wohnungsleerstand und massivem Leerstand oder zweckentfremdeten Umbau von ehemaligen Einkaufsobjekten konfrontiert.

Ca. 1800 Bürger der Stadt haben bereits in Form einer Unterschrift auf einer Petition, ihre Ablehnung gegen diese o.g. Maßnahme gezeigt.

Die AfD ist mit acht gewählten Vertretern im Stadtrat. Speziell der Stadtrat S. Dömmel sieht das Planungsziel eines neuen Handelsquartiers sehr kritisch. Gemeinsam mit einer beratenden Bürgerin der Stadtratsfraktion der AfD wurden die Bebauungsplanunterlagen genau unter die Lupe genommen. Mit einem Fragenkatalog wandte sich der Stadtrat S. Dömmel in der Stadtratssitzung am 19.12.2023 an den Oberbürgermeister.

Die Stadtverwaltung sah sich daraufhin veranlasst, einen Pressetermin am 10.01.2024 stattfinden zu lassen, um die Öffentlichkeit

über weitere Schritte für das Wohn- und Handelsgebiet „Neue Kühnichter Heide“ zu informieren.

Es kommt nun auf die Stadträte an, ob diese den Planungsgedanken seitens der Stadtverwaltung folgen werden. Um zu einem Ergebnis seitens der Stadträte zu kommen, sind eine ganze Menge von Vorlagen und Abwägungen zu studieren und zu bewerten.

Stadtrat S. Dömmel hat von Anfang an den Weg gewählt, mit den bestehenden Handelseinrichtungen in der Stadt zu reden. Außerdem ist er mit den Trägern der öffentlichen Belange (TÖB), ganz konkret mit der Industrie- und Handelskammer sowie mit dem Handelsverband Sachsen, in Kontakt getreten.

Somit waren ihm recht frühzeitig deren Einwände, Hinweise und kritische Haltungen, sowie Stellungnahmen zu weiteren Handelsflächen in Hoyerswerda bekannt. Ohne diese Stellungnahme besteht die Gefahr, dass die von den TÖB wahrgenommenen öffentlichen Belange bei der Bauleitplanung nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet und hierdurch Gemeinwohl-Interessen beeinträchtigt werden.

Stadtrat S. Dömmel bleibt weiterhin aktiv an diesem Sachverhalt dran und nahm bereits in der Stadtratssitzung vom 30.01.2024 wieder zum Einzelhandelskonzept Stellung.

**(Über Stadtratpodcast jederzeit einsehbar, auch zu einem späteren Termin)**

**S. Baer, Hoyerswerda**



Die fatale milliardenschwere Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung und der EU waren zu Beginn das Hauptthema der Alternative für Deutschland und einer der Hauptgründe für deren Gründung im Jahre 2013.

Weil es keine vernünftigen Argumente für diese absurde Finanzpolitik der Altparteien gab und gibt, wurde der AfD und ihren Mitgliedern schon damals eine Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie unterstellt. Nichts könnte falscher sein. Die Nationalsozialisten, so wie alle Sozialisten verabscheuen die Freiheit und selbstdenkende, vom Staat unabhängige Menschen. Die AfD steht für die Freiheit!

Als die Mitglieder der AfD ihr erstes Grundgesetzprogramm beschlossen und in allen Politikfeldern, alternative Lösungsansätze anboten, schäumten die Altparteien und die ihnen hörigen Medien vor Wut. Da wagten es doch freie Bürger, den als alternativlos bezeichneten Weg von Sozialisten und Globalisten in eine neue Weltordnung zu hinterfragen und einen alternativen Weg hin zu Souveränität, Freiheit, Frieden und Wohlstand aufzuzeigen.

Seitdem sehen sich die Partei, ihre Mitglie-

der und Wähler einer beispiellosen Hetzkampagne, Verleumdungen, Sachbeschädigungen bis hin zu körperlichen Angriffen ausgesetzt. In die Mikrofone gesprochene Ankündigungen, wie beispielsweise 2017, als die AfD erstmalig in den Deutschen Bundestag einzog, „Wir werden sie mit Argumenten schlagen“, sind zu Worthülsen verkommen. Die tägliche Praxis spricht eine andere Sprache. Und natürlich geraten alle Menschen, die die Politik der Altparteien kritisieren, ins Fadenkreuz der Drahtzieher in den Planungsbüros des Great Resets, den Schreibstuben der Hypermoralisten und den vom Staat alimentierten Schlägertrupps der Faschisten unserer Zeit, die sich realitätsverdrehend auch noch Antifa nennen. Beispielhaft seien hier nur die Menschen genannt, die während der Coronadiktatur ihre grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, vor allem das Recht auf körperliche Unversehrtheit, einforderten oder die Bauern und der Mittelstand, die ihren Protest gegen die katastrophale Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik auf die Straße trugen. Die Planer des Great Resets dulden keine Kritik, sie versuchen jedwede Bindungen zwischen Menschen, sei es familiär, regional oder national zu zerstören, um ihnen widerstandslos ihre neue Ordnung überzustülpen.

„Ihr werdet nichts besitzen und Ihr werdet glücklich damit sein.“

Es ist also kein Angriff auf die Alternative für Deutschland und ihre Mitglieder und Wähler, sondern ein Angriff auf die Freiheit eines jeden Menschen.

Wir als AfD stehen ihnen im Weg. Deswegen hassen und bekämpfen sie uns. Aber es gibt Hoffnung. Immer mehr Menschen in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt erkennen, dass Sozialisten und Kommunisten nicht für Freiheit, sondern für Knechtschaft und unendliches Leid stehen und schon immer standen.

In Deutschland steht die AfD an der Spitze dieser Bewegung, in anderen Ländern sind es andere freiheitliche Parteien. Die Hoffnung der Globalisten ist, wenn die freiheitlichen Parteien verschwinden, verschwindet auch der Drang nach Freiheit und Vernunft. Aber das wird nie geschehen. Freiheit und der Drang danach ist uns in die Wiege gelegt. Man kann ihn vielleicht eine Zeit lang unterdrücken. Aber schlussendlich siegen die Freiheit und die, die sie verteidigen.

**Karsten Hilse, MdB**

## KAMPAGNE GEGEN DIE AfD

Die Proteste der Bauern, Handwerker, Lokführer und nun auch der Spediteure gehen weiter und drohen sich zu verselbständigen. Da passt eine Kampagne gegen die AfD gut. Man zieht ein Geheimgespräch aus den Schubladen, welches im November letzten Jahres in Potsdam stattgefunden hat. Was hier besprochen wurde, kann ich nicht beurteilen. Komisch ist der Zeitpunkt und das es ca. 8 Wochen braucht, bis man mit so einer Informati-

on an die Öffentlichkeit geht.

War jetzt der richtige Zeitpunkt? Wer war alles dabei? Ja, AfD, AfD und nochmal AfD! CDU kurz erwähnt. Welche Unternehmer waren dabei? Bestimmt keine Handwerker aus Potsdam! War es ein Privatgespräch?

Wir sind im Wahljahr 2024, die Umfragen vom 11. und 17.01.2024 ergeben

in Brandenburg 29,8% in Thüringen 33,3% und in Sachsen 34,1% für die AfD.

Das macht uns Mut und den Altparteien Angst! Ist das der wahre Grund für diese Kampagne?

**René Warlich, AfD-Kreisrat**  
aus Hoyerswerda

## CDU - IRRSINN ZUM KOPFTUCHVERBOT

Im Sächsischen Landtag brachten wir als AfD-Fraktion bereits im November 2022 ein Kopftuchverbot an Schulen und Kitas in Form eines Antrages ein (Drs. 7/11343). Der damalige Antrag wurde, auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion, abgelehnt (<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-gesetz-will-kopftuchverbot-an-schulen-und-in-kindergaerten/>).

Nun fordert die CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft ebenfalls ein Kopftuchverbot ([https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg\\_journal/CDU-fordert-Kopftuchverbot-fuer-Richterin-und-Staatsanwaeltin,hamj143240.html](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/CDU-fordert-Kopftuchverbot-fuer-Richterin-und-Staatsanwaeltin,hamj143240.html)). Hierbei geht es um weibliche Richter und Staatsanwältinnen, die das religiöse Symbol im Dienst nicht tragen dürfen.

Die CDU macht sich einmal mehr lächerlich, indem sie mit zweierlei Maß misst. In Sachsen ist das Kopftuch bei muslimischen Erziehern und Lehrern gestattet, in Hamburg hingegen wird es, zurecht, verweigert.

Liebe CDU Sachsen, es wird Zeit endlich wieder sachbezogene Politik für die Bürger zu machen. Dazu gehört es auch, Anträgen der AfD zuzustimmen, um den sächsischen Kindern eine islamische Vereinnahmung an Schulen und Kitas zu ersparen."

**Doreen Schwietzer, MdL**



## ZURÜCK ZU DEMOKRATISCHEN PRINZIPIEN! SCHLUSS MIT HETZE UND UNWAHRHEITEN!

### 1. Zurück zur inhaltlichen Auseinandersetzung!

Die AfD ist im EU-Parlament, im Deutschen Bundestag und in zahlreichen Landes- und Kommunalparlamenten auch in Sachsen vertreten. Die Politiker der Partei melden sich in den Plenarsälen und hunderten Ausschüssen im Interesse ihrer Wähler zu Wort. Politiker der anderen Parteien haben dort die Möglichkeit, sich mit den AfD-Politikern in der Sache auseinanderzusetzen, was zu lebhaften Debatten und unterschiedlichen politischen Perspektiven führen würde. Die Interaktion zwischen den AfD-Politikern und ihren Kollegen anderer Parteien spiegelt die Vielfalt des demokratischen Diskurses in Deutschland wider.



### 2. Gleichbehandlung bei Präsidien und Ausschüssen!

Der AfD stehen aufgrund ihrer Wahlergebnisse Sitze in Parlamentspräsidien und Ausschussvorsitzen zu. Die CDU, SPD, Linken, Grünen und FDP haben sich allerdings überwiegend darauf verständigt, AfD-Politikern entgegen den üblichen demokratischen Gepflogenheiten entsprechende Positionen zu verweigern. Anträge werden nicht im Interesse der Bürger beschieden. Damit beschädigen die dafür verantwortlichen Politiker das Ansehen der demokratischen Institutionen. Die Politiker haben einen Eid abgelegt. Darüber sollte jeder einzelne Gewählte nachdenken.

### 3. Medien sind zensiert in Sachsen und in Deutschland

Es muss endlich Schluss sein, mit dem Lug und Trug der von den Altparteien gesteuerten Medien. Es wird einseitig berichtet! Aussagen der AfD werden aus dem Kontext gerissen. Somit ist oftmals eine komplette Falschdarstellung gegeben. Die Bürger/Wähler durchschauen dieses Spiel! Ein wachsendes Bewusstsein für unterschiedliche politische Perspektiven und eine zunehmende Medienkompetenz führen dazu, dass viele Menschen in der Lage sind, kritisch mit den präsentierten Informationen umzugehen. Dieser Diskurs über die Medienlandschaft würde die breite Debatte über die Rolle der Medien in der Demokratie widerspiegeln und die Bedeutung von Transparenz und Vielfalt in der Berichterstattung verdeutlichen.

**Doreen Schwietzer, MdL**

## ALLES HAT SEINE ZEIT: VERSAGT DIE AMPEL, GILT RECHTS VOR LINKS ...

### In diesem Sinne auch für 2024 alles Gute und alles was Recht ist sowie viele aufrechte Bürger ...

Wir wünschen Ihnen für das neue Jahr alles Gute und alles was Recht ist, Gesundheit und Glück, Erfolg und Gerechtigkeit, das Herz am rechten Fleck, jederzeit das rechte Wort und das rechte Maß. Möge für Sie stets alles mit rechten Dingen zugehen. Bleiben Sie aufrecht und rechtschaffen. Seien Sie zur rechten Zeit am rechten Ort ... Kurzum: „Wähle sorgsam deine Schritte und weiche nicht vom rechten Weg ab!“ (Bibel Sprüche 4:26)

### Ausblick 2024:

Am 9. Juni 2024 findet die Kommunalwahl statt. Nach guten Ergebnissen unserer bisherigen Ratsarbeit und dem beachtlichen Ergebnis von 42,7 % bei der Bürgermeisterwahl sind nun Sie als Bürger wieder gefragt, sich selbst aktiv für unser schönes Pulsnitz einzusetzen.

Vor dem Hintergrund einer „irrlichternden Ampelpolitik“ und mit einer Bürgermeisterin, die lieber verwaltet als gestaltet, am besten alles Steuergeld der Bürger der Verwaltung einverleibt und lieber die Steuern erhöht, als wirtschaftlich und sparsam zu arbeiten, sind Sie als aufrechte Bürger gefragt, diesem Tun Einhalt zu gebieten und die Aktivitäten in den Gremien auf Gemeindeebene mit uns gemeinsam in die richtigen Bahnen zu lenken. Jeder aufrechte Bürger, jeder klare Kopf und jede „rechte“ Hand ist gefragt. Melden Sie sich - wir freuen uns auf Sie! Sie sind herzlich willkommen! (Kontakt: siehe Link)

Kontakt:  
<https://afd-stadtratspulsnitz.de/fraktion/>

**AFD-Stadtratsfraktion Pulsnitz**

Versagt die Ampel,



gilt Recht(s) vor links.

## AFD-FRAKTION PULSNITZ: ANTRAG AUF REDUZIERUNG DER BETREUUNGSENTGELTE IN DEN KINDERTAGESSTÄTTEN

Unter TOP 11 der Tagesordnung stand die weitere Erhöhung der Betreuungsentgelte in den Kindertagesstätten zur Beratung und Beschlussfassung. Die Verwaltung berief sich dabei auf das Kita-Gesetz, die Richtlinie des Stadtrates vom 17.11.2016 sowie die Betriebskostenabrechnung 2022.

Das Kita-Gesetz sieht folgendes vor:

Anteil der ungekürzten Elternbeiträge bei Krippen: mind. 15 %; höchst. 23 %  
 Kindergarten (ohne Schulvorbereitungsjahr): mind. 15 %; höchst. 30 %  
 Kindergarten (im Schulvorbereitungsjahr) sowie im Hort: höchstens 30 %  
 der zuletzt bekannt gemachten zulässigen Personal- und Sachkosten.

Die „Richtlinie des Stadtrates der Stadt Pulsnitz zum Verwaltungshandeln bei der Erhebung von Elternbeiträgen“ vom 17.11.2016 enthält folgende Prozentsätze:

Krippen: 21,98 %  
 Kindergarten (mit und ohne Schulvorbereitungsjahr): 26,98 %  
 sowie im Hort: 28,92 %  
 der zuletzt bekannt gemachten zulässigen Personal- und Sachkosten.

Die Fraktion hat der weiteren Erhöhung der Betreuungsentgelte nicht zugestimmt und darüber hinaus den Antrag auf Reduzierung der Prozentsätze der Richtlinie und damit der Betreuungs-Entgelte gestellt.

Da sich die Richtlinie des Stadtrates aus 2016 nahe an den Höchstsätzen des Kita-Gesetzes orientiert, sahen wir hier Spielraum zugunsten junger Familien und haben die Herabsetzung auf den Mittelwert (bedeutet: Krippen 19% sowie Kindergarten und Hort 22%) beantragt.

In Ermanglung aktueller Haushaltszahlen waren die finanziellen Auswirkungen des Antrages nicht beurteilbar. Wir verwiesen daher darauf, dass der Stadtrat z.B. mehr-

mals erhebliche Beträge für die Rathaussanierung „ins Blaue“ genehmigt hat. Nachdem zwischenzeitlich weitere 400.000 Euro Fördermittel für die Mehrkosten der Rathaussanierung bewilligt wurden und damit Eigenmitteln der Stadt erspart werden, sahen wir hier nun finanziellen Spielraum und die Möglichkeit zur Entlastung junger Familien.

Der Antrag stieß im Gremium allerdings auf taube Ohren; die Mehrheit der Räte folgte dem Vorschlag der Verwaltung auf erneute Erhöhung der Elternbeiträge. Offenbar arbeitet die Mehrheit der Räte für die Verwaltung, statt ihren Auftrag zu erfüllen und die Bürger zu vertreten.

Siehe: <https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>  
 und: <https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/2023/11/17/52-sr-sitzung-16-11-2023-top-11-antrag-auf-reduzierung-der-betreuungsentgelte-in-den-kindertagesstatten/>

**AfD-Stadtratsfraktion Pulsnitz**

ANZEIGE

## SPD-FÖRDERSUMPF AUSTROCKNEN! UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS IM LANDTAG BEANTRAGT

Staatsministerin Petra Köpping (vormals SED, heute SPD) ist eine vielbeschäftigte Person.

Ende Januar tourte sie mit mehreren Krankenhaus-Chefs durch Brasilien, um dort Pflegekräfte anzuwerben. An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, dass der aktuelle Personalnotstand maßgeblich auf Frau Köppings diskriminierende Impfpflicht zurückzuführen ist, durch welche tausende Pflegekräfte aus ihrem Beruf vertrieben wurden.

Im Dezember forderte sie lauthals das Verbot der AfD - vermutlich aus niederen Beweggründen. Hatte doch ein Umfrageergebnis der sächsischen SPD für die Landtagswahl (deren Spitzenkandidat Frau Köpping ist) den historischen Tiefstand von 3% bescheinigt, der hingegen AfD 37%.

Die Angst der bis zum Hals im Korruptionssumpf ihres Ministeriums steckenden Politikerin vor der AfD ist auch aus einem anderen



Grund verständlich: Die AfD-Fraktion ist die einzige Fraktion im Sächsischen Landtag, die energisch zur Aufarbeitung der Vetterwirtschaft zwischen den SPD-Seilschaften drängt.

Die AfD hat nun die Einberufung (Drs. 7/15623) eines Untersuchungsausschusses auf den Weg gebracht. Er soll den „Fördersumpf bei Asyl- und Integrationsmaßnahmen im Verantwortungsbereich von Staatsministerin Köpping aufklären“.

Seit Veröffentlichung der teils schockierenden Vorwürfe durch den Sächsische Rechnungshof hatten Ministerin Köpping und ihre SPD mehrere Monate Zeit, alle Fragen rund um die illegale Vergabe von Fördermitteln an linke Asylvereine zu beantworten.

Doch gerade Frau Köpping mauert bis heute. Und sie glaubt, mit einem Bauernopfer – der Entlassung ihres Staatssekretärs Vogel – sei es getan.

Wir wollen jedoch von Frau Köpping erfahren, ob zwischen der offen bekundeten Anteilnahme linken Vereine für ihren Wahlkampf von und an der späteren Fördermittelver-

gabe ein Zusammenhang besteht. Erklärungsbedürftig ist ebenfalls, warum diese linken Vereine ihre Vorstandssitzungen direkt in Köppings Ministerium abhalten durften.

Wir wollen mit dem Untersuchungsausschuss erreichen, dass die Ministerin und ihre engsten Mitarbeiter sämtlichen Schriftverkehr mit illegal unterstützten linken Vereinen offenlegen müssen, und zwar noch in dieser Legislaturperiode.

Jenen Schriftverkehr, in dessen auffällig-lockeren Umgangston der Sächsische Rechnungshof eine „unrechtmäßiges Näheverhältnis“ zwischen Ministerium und Vereinen als wahrscheinlich erachtet. Vetterwirtschaft eben.

**Jörg Urban,  
 AfD-Landesvorsitzender**

**Spendenkonto:**  
 Alternative für  
 Deutschland  
 KV Bautzen  
 Bank:  
 OSK Dresden  
 IBAN:  
 DE16 8505 0300  
 0225 7855 52

Betreff: Kreisverband  
 Bautzen Spende

Impressum:

**Alternative  
 Deutschland**  
 Kreisverband Bautzen  
 vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Frank Peschel  
 Karl-Marx-Straße 15  
 02625 Bautzen  
 Tel.: 03591 5328336  
 info@afabautzen.de  
 www.afdbautzen.de

Druck:  
 Druckhaus Scholz GmbH  
 Pflorzheimer Platz 8  
 02977 Hoyerswerda

## BEZAHLKARTE FÜR FLÜCHTLINGE - LANDKREIS BAUTZEN WILL AFD-FORDERUNG UMSETZEN

Der Landkreis Greiz teilte im Januar 2024 mit, dass die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge zu positiven Ergebnissen geführt hat. Die AfD Bautzen hat dieses Thema aufgegriffen und vom Landkreis gefordert, „dass der Landkreis Bautzen schnellstmöglich die Bezahlkarten für Flüchtlinge einführt“. So forderte es der Landtagsabgeordnete Frank Peschel. Weiter erklärte er: „Es beweist einmal mehr, sobald finanzielle Anreizsysteme abgeschafft werden, verlassen Wirtschaftsflüchtlinge den Ort oder sind gezwungen selbst Geld zu verdienen. Wir haben im Landkreis Bautzen über 500 Ausreisepflichtige und im Jahr 2023 gab es lediglich 44 Abschiebungen. Ich bin davon überzeugt, dass wir bei Einführung des „Greizer Modells“ innerhalb von kurzer Zeit eine Abreise von Ausreisepflichtigen erleben.“

Der Vorsitzende der AfD-Kreistagsfraktion im Landkreis Bautzen, Steffen Lehmann, ergänzt: „Wir haben wie angekündigt unseren Antrag zur Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge zeitnah beim LRA Bautzen eingebracht. Der Antrag ist auch öffentlich auf der Webseite des AfD-Kreisverbandes Bautzen zu lesen (<https://afd-bautzen.de/antrag-an-die-geschaeftsstelle-des-kreistages-bautzen/>).

Unser Antrag wurde am 31.01.2024 um 12.52 Uhr beim LRA Bautzen eingebracht. Interessant finde ich, dass die Sächsische Zeitung am 31.01.2024 um 15.00 Uhr ähnliche Argumente der Landkreisverwaltung Bautzen veröffentlichte, wie die Umsetzung der Bezahlkarte geplant werden soll. Somit hat der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion Bautzen wahrscheinlich eine hohe Deckungsgleichheit mit den Umsetzungsvorstellungen des LRA Bautzen und könnte somit in der nächsten Kreistagssitzung im März 2024 zur Abstimmung kommen.“

**Frank Peschel, Vorsitzender  
AfD-Kreisverband Bautzen**

**Steffen Lehmann,  
AfD-Fraktionsvorsitzender  
Kreistag Bautzen**

## DAS ENDE DER WEIDETIERHALTUNG IN DER OBERLAUSITZ

Nahezu täglich werden wir durch die Medien Zeuge, wie die Wölfe alle Arten von Weidetieren attackieren und töten. Das unter der damaligen CDU-Regierung 1996 begonnenen Wiederansiedlungsprojekt des Wolfes in Sachsen, ist nun völlig außer Kontrolle geraten. Wie so viele Entscheidungen der Regierung. Die Rissstatistik hinkt dem aktuellen Geschehen fast 3 Monate hinterher.

Dazu erklärt MdL Timo Schreyer:

„So geht es nicht mehr weiter. Auf die vom Gesetzgeber geforderten Gentests und Rissgutachten warten die betroffenen Tierhalter 2-3 Monate. Diese sind Voraussetzung zur Entnahme von Problemwölfen. Anträge zur Entnahme werden durch juristische Winkelzüge und immer neuere Auflagen der verantwortlichen Stellen verhindert. Millionenschwere Entschädigungen von Schäden der ausufernden Wolfspopulation hätten sinnvoller, im Interesse der Steuerzahler, eingesetzt werden können. Einerseits sollen Wiesenflächen offengehalten werden, andererseits wird die Weidetierhaltung unmöglich gemacht. Den ständigen Beteuerungen der Verantwortlichen, dass der Wolf den Menschen nicht als Beute betrachtet, kann ich nicht folgen, wie so vielen Fehleinschätzungen der politisch Verantwortlichen in anderen Dingen.“

Ich erwarte nun endlich, den vielen leeren Forderungen und Ankündigungen der Regierung, Taten folgen zu lassen und die Entnahme von Problemwölfen zum Schutz von Menschen und Tieren unkompliziert zu ermöglichen und die Beauftragungen der Entnahme nicht auch noch räumlich und zeitlich so zu begrenzen, dass eine Entnahme gar nicht möglich ist. Der Naturschutz ist keine Einbahnstraße. Länder wie Schweden zeigen, wenn der politische Wille da ist, kann der Wolfsbestand unbürokratisch reguliert werden.

Ein Wolfsmanagement, das den Namen auch verdient, wird es nur mit der AfD geben. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 1. September 2024.“

**Timo Schreyer, MdL**



## NACHLESE STADTRAT BAUTZEN VOM 31.01.2024 - „ZUSCHUSS SOZIOKULTURELLES ZENTRUM“

In Ihrem Newsletter vom 01.02.2024 schreibt die SZ „Für Aufruhr hat ein Antrag des Bürgerbündnisses Bautzen (BBBz) in der Sitzung des Stadtrats Bautzen am Mittwoch gesorgt.“ Demnach sollte der Zuschuss für das soziokulturelle Zentrum Steinhaus um 60.000 Euro reduziert werden und diese Summe stattdessen der Sportförderung zugutekommen.

Dies ist nicht richtig, wie dann auch hinter der Bezahlschranke des Artikel zu lesen war. Der Antrag bezog sich lediglich auf eine Kürzung der Erhöhung von satten 80.000 € (18%) auf 20.000 € zu Gunsten der Sportförderung. Herr Lehmann vom Steinhaus versuchte die Erhöhung in sachlicher Art und Weise zu begründen; inhaltlich ist ihm dies aber aus unserer Sicht nicht gelungen.

Wir bedauern, dass dieser vernünftige Vorschlag zu Gunsten der Sportförderung abgelehnt wurde. Leider stimmten CDU, SPD, Linke und Grüne dagegen.

Es bleibt ergo die Förderung des Steinhauses mit 525.000 € und der Sportförderung mit 60.000 €.

Wir werden die Bürger bei der nächsten Erhöhung von Gebühren für KITA und Sportstätten daran erinnern.

**Ralph Nitschke, Stadtrat  
in Bautzen**

PS: Es ist lobenswert anzumerken, dass die Stadt Bautzen in der Vergangenheit so gut gewirtschaftet hat, dass diese freiwilligen Leistungen in dem Umfang immer noch möglich sind.

## UNSERE KANDIDATEN ZUR KREISTAGSWAHL AM 9. JUNI 2024

Am 27. Januar 2024 wählten die Mitglieder des AfD-Kreisverbands Bautzen auf ihrer Aufstellungsversammlung die Kreistagskandidaten für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024. Zuvor wurden die Delegierten für den Listenparteitag gewählt sowie das Kommunalwahlprogramm verabschiedet (demnächst als Flugblatt erhältlich).

Wir haben für alle Wahlkreise gute Kandidaten aufgestellt.

Darunter wieder zahlreiche Kreisräte, die bereits seit 2019 die stärkste Kreistagsfraktion in ganz Deutschland stellen, aber auch junge Leute. Wir sind eine gute, starke Mannschaft. Unser Ziel ist es, das wir am 9. Juni 2024 wieder, diesmal mit deutlichem Abstand, die stärkste Kreistagsfraktion werden.

Die Organisation und die Vorbereitung waren wie gewohnt zuverlässig, so daß wir die Aufstellungsversammlung und den Parteitag zügig und diszipliniert durchführen konnten. An dieser Stelle mein Dank an alle Helfer!



### Folgende Kreistagskandidaten haben wir gewählt:

#### Wahlkreis 1:

Claus Kleinert, Carlo Kleinert, Torsten Müller, Marcus Michel

#### Wahlkreis 2:

Stefan Lehmann, Rosmarie Hummel, Oliver Jordan, Uwe Flack, Thomas Wilhelm, Gundolf Göbel, Jürgen Schulz, Hagen Spitzbarth

#### Wahlkreis 3:

Alexander Zapke, Oliver Helbing, Lennard Scharpe, Roberto Heilmann, Bernd Pöthe, Udo Pillasch, Maik Baier, Sieghard Kluge

#### Wahlkreis 4:

Steffen Lehmann, Paul Neumann, Torsten Mittasch, Franz Kemnitz, Mirko Zimniok, Frank Peschel

#### Wahlkreis 5:

Karsten Hilse, Jörg Jevlasch, Nicole Scharpe, Hardy Gawor, Hans-Jürgen Wald, Fabian Zoch

#### Wahlkreis 6:

Doreen Schwietzer, Michael Ratzing, René Warlich, Ronny Szepanski, Angelika Ratzing, Erik Hoffmann

#### Wahlkreis 7:

Cordula Gneuß, Ralf-Peter Hechtberger, Stefan Reimann, Jan Mutschink, Daniel Munz

#### Wahlkreis 8:

Heike Lotze, Stephan Wiesner, Martin Fischer, Mirko Senf, Uwe Mann, Mike Herrmann

#### Wahlkreis 9:

Timo Schreyer, Dr. Dieter Neuendorf, Johannes Nitzsche, Dieter Dubau, Jens-Uwe Bohne

#### Wahlkreis 10:

Knut Richter, Meinhard Schulze, Uwe Kranz, Sven Simon, Justin Proskura

Am 2. März 2024 werden wir die Kandidaten für die Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte wählen. Bis dahin hat jeder noch die Zeit und die Gelegenheit, in sich zu gehen und den Entschluss zu fassen, ebenfalls in seinem Heimatort zu kandidieren und mitzuhelfen, die Geschicke in eine bessere Richtung zu leiten.

**Bitte scheuen Sie sich nicht! Fassen Sie sich ein Herz!**

#### Kontakt:

**AfD-Bürgerbüro Bautzen**  
**03591 / 5328336**

**Frank Peschel, Vorsitzender**  
**AfD-Kreisverband Bautzen**

## SCHALLSCHUTZ UND AMPELANLAGE DER S177 BEI RADEBERG

Erfreulicherweise kann man seit 2017 von Radeberg auf die A4 bei Pulsnitz fahren. Nach fast 17 Jahren der Planung und Ausführung ist die S177 zügig befahrbar.

Trotzdem steht an der Abfahrt Radeberg bis heute eine Baustellenampel. Anwohner in der Ortslage klagen über den Lärm, der von der Straße ausgeht. Anlass für MdL Timo Schreyer mit einer kleinen Anfrage (7/15011) die Situation und Gründe zu hinterfragen.

Die Staatsregierung gab folgende Antwort, dass „Für die Baumaßnahme „S 177 OU Großberkmannsdorf/ OU Radeberg“ wurden ebenfalls alle Lärmschutzmaßnahmen nach dem rechts- und bestandskräftigen Planfeststellungsbeschluss des damaligen Regierungspräsidiums Dresden vom 13. Juli 2004 umgesetzt.“

Auf die zweite Frage: „Wann ist mit der Errichtung einer ortsfesten Ampelanlage an der Abfahrt Radeberg in Richtung Pulsnitz/Pirna/Großröhrsdorf bzw. in Richtung Stadt, bis Höhe Molkerei Heinrichstal zu rechnen?“, wurde geantwortet: „Um die aktuell vorzufindende Knotenpunktsituation regelgerecht und anforderungsgemäß an die neu entstandenen Verkehrsbeziehungen anzupassen, be-

darf es einer kompletten Überplanung der vorhandenen Knotenpunktgeometrie. Die verkehrstechnische Planung der neuen Lichtsignalanlage (LSA) erfolgt im Umfang der Planungsbetrachtungen zur Optimierung des Knotenpunktes. Eine davon losgelöste Errichtung einer dauerhaften stationären LSA mit den aktuellen geometrischen Knotenpunktegebenheiten würde unverhältnismäßige Mehrkosten im Vergleich zum vorübergehenden Belassen der temporären Lichtsignalanlage erzeugen.“

Dazu erklärt der Landtagsabgeordnete Timo Schreyer: „Klare Kommunikation und wirksames Handeln sehen anders aus. Zum Bauen eines wichtigen Knotenpunktes der Region um Radeberg auf der S177 bezieht man sich auf einen Planfeststellungsbeschluss von fast 20 Jahren. Eine Ampelanlage wurde scheinbar nicht ernsthaft geplant. Eine lösungsorientierte Aussage mit Fertigstellungstermin sieht anders aus!“

Es ist -wie so viele andere Dinge auch- an der Zeit, Projekte und Planungen künftig wieder logisch und unbürokratisch zu realisieren.“

**Timo Schreyer, MdL**

## MICHEL IM GLÜCK

Zwei alte Bekannte, Herr A. und Herr G., treffen sich zufällig.

Herr G. sagt, alle Menschen sollen glücklich sein. Da ist er froh, dass die Grünen in der Ampel-Regierung richtig mitmischen können.

Herr A. entgegnet, er ist anderer Meinung. Die derzeitige Politik erinnert ihn zu sehr an das Märchen vom Michel im Glück.

Herr G. fragt: Wie geht das Märchen?

Herr A. erzählt: Der deutsche Michel hat viele Jahre fleißig gearbeitet und als Lohn einen Klumpen Gold erhalten, so groß wie sein Kopf. Da reitet der Bundeskanzler des Wegs, schwatzt Michel das Gold ab und gibt ihm das Pferd. Das Gold, 50 Milliarden Euro, braucht der Kanzler für die vielen Gäste aus aller Welt, die hier einkehren und nicht mehr gehen. Michel ist zufrieden. Dann trifft Michel den Bundesminister für Arbeit und Soziales. Der führt eine Kuh am Strick. Der Minister nimmt Michel kurzerhand das Pferd ab und gibt ihm die Kuh. Das Pferd wird eingesetzt, um die vielen darbedenden Nichtarbeitenden im Land mit 39 Milliarden Euro Bürgergeld zu versorgen. Michel ist zufrieden. Jetzt begegnet Michel der Bundesministerin für Entwicklung. Sie hat ein Schwein dabei. Michel muss die Kuh rausrücken und kriegt dafür das Schwein. Mit der Kuh soll die ganze Welt satt gemacht werden. Es sind 33 Milliarden Entwicklungshilfe. Michel ist zufrieden. Dann kommt die Außenministerin, die ihm das Schwein ab- und eine Gans aufschwätzt. Das Schwein sind 22 Milliarden Unterstützung für die Ukraine. Michel ist zufrieden. Jetzt trifft er den Wirtschaftsminister. Dieser hat einen Schleifstein und überzeugt Michel, dass der Schleifstein wertvoller sei als die Gans. Sie einigen sich. Mit der Gans, 6 Milliarden, wird das Klima gerettet. Michel ist zufrieden. Als Michel Durst hat und trinken will, fällt ihm der Schleifstein in den Brunnen. Michel ist zufrieden. Nun hat er keine Last mehr zu tragen. Da kommt Klaus Schwab vom Great Reset um die Ecke und sagt: So ist es richtig. Die Menschen werden nichts mehr besitzen und glücklich sein, und das schon 2030. Aber da hat Schwab mit Sicherheit die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Oh, sagt Herr G. und erleichtert. (nach Brecht)



**Jürgen Mädler**

## VOLKSTRAUERTAG 2023

Für uns als Patrioten ist das Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten ein wichtiges Anliegen. Am Volkstrauertag legten wir darum gemeinsam mit der AfD-Regionalgruppe Bautzen einen Kranz am Taucherfriedhof in Bautzen nieder. Anschließend wanderten wir mit einer Gruppe von etwa dreißig Leuten zu weiteren Gefallenendenkmälern in Auritz, Jenkowitz und Baschütz und beschäftigen uns mit den niedergeschriebenen Zeiteugenberichten deutscher Soldaten.

Im Verlauf der deutschen Geschichte gaben viele mutige Männer für die Verteidigung ihrer Heimat ihr Leben. Ihr Opfer soll uns Ansporn und Mahnung zugleich sein.

**Lennard Scharpe, JA Oberlausitz**



## BÜRGERDIALOG

mit Karsten Hilse MdB, Steffen Janich MdB und Frank Peschel MdL

**27. FEBRUAR | 19.00 UHR**

**„BLAUE KUGEL“ | HAUPTSTRAßE 97**

**02733 CUNEWALDE**



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG